Konsortialvertrag

zwischen der

**Albstadtwerke GmbH
Goethestr. 91
72461 Albstadt**

und der

**Überlandwerk Eppler GmbH
Dormettinger Straße 32
72359 Dotternhausen**

- gemeinsam nachfolgend auch „**Partner**“ genannt -

Präambel

Die Partner haben zur sicheren, zuverlässigen, wirtschaftlichen, ausreichenden und umweltgerechten Erdgasversorgung auf dem Gebiet der Stadt Schömburg, von weiteren Schlichemtalgemeinden und der angrenzenden Region, sowie zur Erbringung der zugehörigen Dienst-, Werk- und Serviceleistungen und zum Vertrieb von Erdgas das Gemeinschaftsunternehmen Technische Werke Oberes Schlichemtal GmbH gegründet. Der weitere Gründungsgesellschafter ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG ist zwischenzeitlich ausgeschieden.

Die verbliebenen Partner beabsichtigen, nach den Grundsätzen des fairen Interessenausgleichs und der wechselseitigen Rücksichtnahme partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und das Gemeinschaftsunternehmen weiterzuentwickeln.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Partner folgendes:

1. Satzungsänderung der Gesellschaft; Zielsetzung

- 1.1 Die bisherigen Geschäftsanteile der ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG an der Technische Werke Oberes Schlichemtal GmbH wurden durch die Mitgesellschafter übernommen, nämlich die Geschäftsanteile mit den lfd. Nr.

10.001 bis 16.668 durch die Albstadtwerke GmbH sowie die Geschäftsanteile mit den lfd. Nr. 16.669 bis 20.000 durch die Überlandwerk Eppler GmbH (UrNr. [...] vom [...] des Notars [...] mit Amtssitz in [...]). Demzufolge halten die Albstadtwerke GmbH nun eine Beteiligung im Umfang von EUR 16.668 (=66,67%) und die Überlandwerk Eppler GmbH eine Beteiligung im Umfang von EUR 8.332 (=33,33%) am Stammkapital der Gesellschaft von EUR 25.000,00. Vor diesem Hintergrund soll die Satzung der Technische Werke Oberes Schlichemtal GmbH an die neuen Gegebenheiten angepasst und aktualisiert werden nach näherer Maßgabe in **Abchnitt C.** dieser Urkunde.

- 1.2 Die Gesellschaft hat die Gaskonzession bei der Stadt Schömberg inne und soll sich ggf. zu späteren Zeitpunkten bei weiteren Gemeinden des Oberen Schlichemtals und der angrenzenden Region bewerben und im Schlichemtal und der angrenzenden Region ein Gasnetz aufbauen.

2. Kapitalausstattung

2.1 Eigenkapital

- 2.1.1 Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft erfolgte im Zuge der Errichtung der Gesellschaft und betrug zunächst EUR 25.000,00. Darüber hinaus erfolgten durch Gesellschafterbeschluss Einzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft, so dass das Eigenkapital sich insgesamt aktuell auf EUR 800.000,00 beläuft. Infolge der anteiligen Übernahme der Geschäftsanteile der ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG steht die bestehende Kapitalrücklage der Gesellschaft im Innenverhältnis nunmehr der Albstadtwerke GmbH zu 66,67% und der Überlandwerk Eppler GmbH zu 33,33% zu.

Für den Fall eines weiteren Finanzierungsbedarfs, werden sich die Partner über eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ins Benehmen setzen. Derartige Erhöhungsbeträge sind bar oder durch eine andere Zuzahlung in das Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 272 Absatz 2 Nr. 4 HGB zu leisten. Die Partner haben einen entsprechenden Gesellschafterbeschluss zu fassen und danach mit der Gesellschaft eine Vereinbarung über die entsprechende andere Zuzahlung in die Kapitalrücklage abzuschließen und zu erfüllen.

Aus dieser Ziffer 2 ist keine Verpflichtung im Sinne von § 3 Abs. 2 GmbHG und keine sonstige Finanzierungs- bzw. Ausstattungsverpflichtung gegenüber der Gesellschaft, insbesondere keine Verlustausgleichspflicht und keine gesellschaftsrechtliche Nachschussverpflichtung, abzuleiten.

- 2.1.2 Die Partner streben aus regulatorischen Gründen eine Eigenkapitalausstattung i.S.v. § 266 Abs. 3 HGB der Gesellschaft mit ca. 40% der Bilanzsumme an.

3. Organe der Gesellschaft, Sitz der Gesellschaft

3.1 Die Gesellschaft soll zwei Geschäftsführer haben. Die Partner verpflichten sich, in den Gesellschaftsorganen der Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass als Geschäftsführung jeweils ein Vertreter der Albstadtwerke GmbH und ein Vertreter der Überlandwerk Eppler GmbH bestellt werden. Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Kandidaten liegt beim jeweiligen Unternehmen. Eine Ablehnung von vorgeschlagenen Kandidaten darf nur aus wichtigem Grund erfolgen.

3.2 Die folgenden zwei Personen sollen als Geschäftsführer fungieren:

3.2.1 Als von der Albstadtwerke GmbH vorgeschlagener und bereits bestellter Geschäftsführer weiterhin:

Herr Frank Tantzky,
geboren am 18. Januar 1968
wohnhaf Eichbühlweg 3 in 72355 Schömberg.

3.2.2 Als von der Überlandwerk Eppler GmbH vorgeschlagener Geschäftsführer soll bestellt werden:

Herr Theo Haug,
geboren am 09. September 1961
wohnhaf Lupinenweg 4/1 in 72336 Balingen.

Die vorgenannten Geschäftsführer sollen die Gesellschaft jeweils satzungsgemäß vertreten. Sie sollen dabei jeweils von den Beschränkungen des § 181 Alt. 2 BGB (Verbot der Mehrfachvertretung) befreit sein.

3.2.3 Die Partner sind sich ferner einig, dass die Albstadtwerke GmbH zum Zwecke der Redundanz außerdem einen Prokuristen für die Gesellschaft stellen werden. Die Partner werden dafür Sorge tragen und durch entsprechende Weisungen sicherstellen, dass Prokuristen der Gesellschaft nur nach Maßgabe der für sie geltenden Regelwerke, also insbesondere der Satzung, dem Konsortialvertrag und einer etwaigen Geschäftsordnung, soweit einschlägig, für die Gesellschaft tätig werden. Die gemeinsame Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer ist vorrangig. Ein zur gemeinsamen Vertretung berechtigter Prokurist darf von dieser Vertretungsmacht nur Gebrauch machen, sofern ein Geschäftsführer nicht rechtzeitig erreichbar ist. Falls möglich, werden sich die Geschäftsführer hierzu im Vorfeld abstimmen. Im Übrigen ist der anwesende und mit dem Prokuristen handelnde Geschäftsführer verpflichtet, den abwesenden Geschäftsführer unverzüglich über die betreffende Maßnahme zu informieren.

3.3 Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus drei Mitgliedern.

3.4 Einzelheiten in Bezug auf die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Organe regelt der Gesellschaftsvertrag.

- 3.5 Der Sitz der Gesellschaft soll am jeweiligen Sitz der Überlandwerk Eppler GmbH sein; dies gilt nicht, wenn der Sitz der Überlandwerk Eppler GmbH außerhalb der Landkreise Zollernalbkreis und Landkreis Rottweil ist.

4. Zusammenarbeit der Gesellschafter

4.1 Grundsätze

Die Partner sind sich darin einig, dass die Geschäfte der Gesellschaft auf Grundlage von Betriebsführungsverträgen geführt werden. Es ist nicht geplant, in der Gesellschaft eigenes Personal aufzubauen. Das Netzeigentum der Gesellschaft wird auch künftig an den Gesellschafter Albstadtwerke GmbH verpachtet, der auch die kaufmännische Betriebsführung übernimmt. Die Albstadtwerke GmbH werden die insoweit mit Schreiben vom 30.01.2019 mit Wirkung zum 04.02.2021 erklärte Kündigung des Pachtvertrages zurückziehen und die Partner werden dafür Sorge tragen, dass die Gesellschaft einer Fortführung dieses Pachtvertrages zu bis auf Weiteres unveränderten Konditionen zustimmt.

Die technische Betriebsführung übernimmt ebenfalls die Albstadtwerke GmbH.

4.2 Sonstige Liefer- und Leistungsbeziehungen der Partner zur Gesellschaft

Die Partner werden die Gesellschaft zur Erreichung des Gesellschaftszwecks durch die Ausführung von Lieferungen und die Erbringung von Leistungen unterstützen. Die vereinbarten Konditionen müssen denen fremder Dritter entsprechen.

5. Änderung des Regulierungsregimes

Im Falle einer nachteiligen Änderung des Regulierungsregimes (z. B. Entfall Pachtmodell) werden sich die Partner bezüglich einer Lösung im Sinne eines fairen Interessenausgleichs an den maßgeblichen Anlagewerten im jeweiligen Regulierungsverfahren orientieren. Im Zweifelsfall wird zum fairen Ausgleich der Interessen ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer hinzugezogen, der von den Partnern gemeinsam, hilfsweise auf Antrag eines Beteiligten von der Wirtschaftsprüferkammer (Hauptgeschäftsstelle) bestellt wird.

6. Schlussbestimmungen

6.1 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertrages unberührt. Die wegfallende Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der wegfallenden Bestimmung möglichst nahekommt.

6.2 Mitwirkungs- und Einwirkungspflichten

Die Partner verpflichten sich gegenseitig, sich im Rahmen des gesetzlich zulässigen nach besten Kräften dafür einzusetzen, dass die in diesem Vertrag beschriebenen Maßnahmen durchgeführt und die hierin genannten Ziele erreicht werden. Insbesondere werden sie im Rahmen des gesetzlich Zulässigen die ihnen zustehenden Stimmrechte bei beteiligten Gesellschaften, insbesondere der Gesellschaft, sowie bei von ihnen abhängigen Unternehmen in der Weise ausüben, wie es erforderlich oder zweckmäßig ist, um die Umsetzung dieses Vertrages sicherzustellen.

6.3 Loyalitätsklausel

Bei Abschluss dieses Vertrages können nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen wirtschaftlichen oder technischen Entwicklung oder aus der Änderung von gesetzlichen Bestimmungen oder sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und erschöpfend geregelt werden. Die Partner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität gelten. Sie sichern sich gegenseitig zu, den Vertrag in diesem Sinne auszufüllen und dabei sowie bei ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse den allgemeinen Grundsätzen von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

6.4 Schriftformklausel

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag und seiner Anlagen bedürfen der Schriftform, sofern gesetzlich keine strengere Form vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

6.5 Geheimhaltungsverpflichtung

Die Partner werden den Inhalt dieses Vertrages sowie sämtlich Angelegenheiten, die den Partnern in ihrer Eigenschaft als Partei dieses Vertrags oder von im Zusammenhang mit diesem Vertrag abgeschlossenen Verträgen zur Kenntnis gelangen, vertraulich behandeln.

7. Wirksamkeit, Vertragslaufzeit und Geltungsvorrang

7.1 Wirksamwerden

Die Wirksamkeit dieser Vertragsänderung steht unter den aufschiebenden Bedingungen, dass keine kommunalrechtlichen Vollzugsverbote vorliegen; diese aufschiebenden Bedingung gilt als erfüllt, wenn die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden der Partner bzw. von deren kommunalen Gesellschaftern jeweils dem Abschluss dieses Vertrages zugestimmt bzw. seinen Abschluss nicht innerhalb der kommunalrechtlich einschlägigen Fristen beanstandet haben.

Die Partner verpflichten sich, sich gegenseitig jeweils unverzüglich vom Eintritt der einzelnen Bedingungen zu unterrichten. Soweit gesetzlich zulässig, können sie einvernehmlich durch schriftliche Erklärung auf den Eintritt einer oder aller der vorgenannten Bedingungen verzichten.

Die Partner gehen einvernehmlich davon aus, dass dem Abschluss sowie dem Vollzug dieses Vertrages keine Hindernisse nach deutschem oder europäischem Kartellrecht entgegenstehen und insbesondere keine Anmeldepflicht zum deutschen Bundeskartellamt besteht.

Jeder Partner erklärt, dass er zum Abschluss dieses Vertrages befugt ist und insbesondere, dass sämtliche hierzu erforderlichen Zustimmungen seiner relevanten Organe (Gesellschafterversammlung, ggf. Aufsichtsrat) erteilt sind.

7.2 Laufzeit und Beendigung des Vertrags

7.2.1 Diese Vertragsänderung tritt mit ihrer Beurkundung in Kraft, nicht jedoch vor Eintritt der Wirksamkeit nach Ziffer 7.1. Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er endet automatisch, wenn die Gesellschaft aufgelöst wird.

7.2.2 Jeder Partner kann diesen Vertrag schriftlich mit einer Frist von einem Jahr bis zum Ende eines jeden Geschäftsjahres der Gesellschaft kündigen, frühestens jedoch zum Ablauf der Erstlaufzeit der Gaskonzession der Stadt Schömberg möglich. Eine vorzeitige Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

7.2.3 Hat ein Partner seine sämtlichen Geschäftsanteile an der Gesellschaft übertragen, scheidet er unabhängig von einer Kündigung mit der vollständigen Übertragung seiner Geschäftsanteile aus dem Konsortialvertrag aus.

7.2.4 Werden Geschäftsanteile an der Gesellschaft übertragen, so hat der übertragende Partner sicherzustellen, dass der Erwerber der Anteile die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag übernimmt.

7.3 Geltungsvorrang

Die Regelungen dieses Vertrages gehen im Zweifelsfalle oder bei offensichtlichen Widersprüchen den Regelungen des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft vor. Stimmen die Regelungen des Gesellschaftsvertrags nicht mit diesem Vertrag überein, sind die Vertragspartner auf schriftliches Verlangen eines Partners verpflichtet, den Gesellschaftsvertrag entsprechend anzupassen.